

**Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: 11.01.2023  
Antragsnr.: 002/2023  
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen  
Zust. Referat: Klärung durch RB  
mit Referat:

**erlanger linke**  
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 11.1.2023

## **Kundgebung der Klimabewegung im Ratssaal zulassen Antrag zur Tagesordnung im Stadtrat Januar 2023**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag zur Tagesordnung zur Behandlung in öffentlicher Sitzung:

Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, eine im Kundgebung der Klimabewegung im Ratssaal zuzulassen, insbesondere:

- keine Begrenzung der Zahl der ZuschauerInnen
- kein Verbot von Schildern, Transparenten, o.ä.

solange nicht versucht wird, die Sitzung zu sprengen oder eine objektiv gefährliche Überfüllung eintritt.

Begründung:

Wir finden es - angesichts der Bedeutung des Themas - nicht erstaunlich, dass es in der Stadtratsitzung im Dezember zu Protesten gegen das „Zusammenstreichen“ des ja schon an sich „unzureichenden Klimaaufbruchs“ kam.

Zur historischen Einordnung möchten wir festzuhalten, dass anders als beim Erlanger Schlosssturm 1972 anlässlich der Einführung der Zwischenprüfung an der Uni (bei dem auch ein späterer Landtagsabgeordneter der SPD teilnahm), nicht versucht wurde, die Sitzung des Gremiums zu sprengen. Es kann auch keine Rede davon sein, dass Mitglieder des Stadtrates unter Druck gesetzt worden seien. Die Situation war jederzeit unter Kontrolle, wenn auch für manche KollegInnen lästig.

Den Protest kann und sollte die Mehrheit des Stadtrates ertragen, das ist halt so in der Demokratie. Wir sehen keinen Anlass für irgendwelche Verschärfungen. Seit mindestens 40 Jahren kamen immer wieder größere protestierende Zuschauerinnengruppen in den Ratssaal, und dies wurde selbstverständlich toleriert. Auch das gehört zum Erlanger Wahlspruch "Offen aus Tradition".

Mit dem (sei es zu Recht oder auch nicht) demnächst offiziell ausgerufenen Ende der Pandemie wird es u.E. in Zukunft auch keine Rechtfertigung mehr geben, den Zugang zum Ratssaal auf die Zahl der Sitzplätze zu beschränken. Da stehende ZuschauerInnen in der Vergangenheit kein Problem waren, sind sie es auch in Zukunft nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei  
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann  
(Stadtrat)